



# Kirche und Parteien nach 1945

## Die Gründung der CDU

### *1. Die neu entdeckte öffentliche Verantwortung der Kirche*

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sahen führende Kreise der evangelischen Kirche in Deutschland - neben allen Chancen einer eigenständigen kirchlichen Neuordnung - die Notwendigkeit, in neuer Weise den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche zu gestalten.<sup>1</sup>

So wurde bei der ersten Kirchenversammlung des deutschen Protestantismus nach dem Kriege, vom 27. bis 31. August 1945 in Treysa, in einem kleinen Ausschuß ein "Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben"<sup>2</sup> erarbeitet. Es war zwar keine Zeit mehr zur Verabschiedung, doch wurde dieses Wort, wie Kurt Nowak formulierte, „zum Leitseil protestantischen Selbstverständnisses“<sup>3</sup> auf dem Weg der Evangelischen Kirche hin zur neuentdeckten Verantwortung für das öffentliche Leben. Die rheinische Kirche verschickte es an alle ihre Pfarrer, um sich damit zu identifizieren. In Lippstadt zögerten Anfang September 1945 die Protestanten noch, mit den Katholiken zusammenzugehen, da noch nichts von der Konferenz aus Treysa vorlag; in Hagen wurde das Wort von Treysa von evangelischen CDU-Mitgründern herangezogen, da es ja ihren Weg unterstützte.

So fand in diesem offiziösen Wort die selbstverständliche Nähe breiter kirchlicher Kreise zur entstehenden christlich-demokratischen bzw. christlich-sozialen Union ihren weithin akzeptierten Niederschlag.

Wie dies in der Gründungsphase der CDU aussehen konnte, beschrieb ein westfälischer Pfarrer gegenüber dem evangelischen Hauptgeschäftsführer der westfälischen CDU:

„Treten wir im Interesse unserer eigentlichen Arbeit nicht öffentlich hervor, so sind wir doch keine stummen Hunde ... Die Gründung der Ortspartei der

CDU in meiner Gemeinde habe ich dadurch unterstützt, daß ich einem meiner Presbyter, der mit zu den Gründern gehört, geholfen habe, aus der Zahl der bekannten Gemeindeglieder diejenigen Männer und Frauen auszusuchen, von denen wir annahmen, daß sie wohl für die CDU zu gewinnen wären. Sie sind zum größten Teil Mitglieder geworden, wenn auch einige sich zur Zeit noch zurückhalten. Aus meiner früheren Gemeinde übersende ich Ihnen eine Aufstellung der Namen von Männern und Frauen, von denen ich gleichfalls annehme, daß sie für die CDU gewonnen werden können ... Sie ... werden schon wissen, wie Sie diese, meine alten Freunde, erreichen und in die CDU eingliedern können.

... Zur politischen Arbeit gehört, wie zum Kriegführen Geld, Geld und nochmals Geld, nur daß es für die politische Arbeit freiwillig gegeben werden muß ... Ich sende Ihnen daher mit gleicher Post einen Beitrag von RM 30,- und habe bei einigen Gliedern meiner Gemeinde zusammen nochmals RM 120,- aufgebracht ...“

Auf der Ebene der kirchenleitenden Prominenz beschrieb Altbischof Kunst, damals Superintendent in Herford und Verbindungsmann der westfälischen Kirche zur CDU, die Nähe bzw. Verflochtenheit zwischen Ev. Kirche und CDU mit den Worten:

In der CDU waren damals eine Summe von Leuten, die nur einfach auch Figuren in der Bekennenden Kirche gewesen waren. Da gehörte Gustav Heinemann dazu, ein Mann wie Robert Tillmanns, ein Mann wie Hermann Ehlers; Otto Dibelius wurde Mitglied der CDU, Heinrich Grüber war einer der Gründer der Berliner CDU, Ernst Lemmer war einer der Gründer der CDU, also da waren eine Summe von Leuten aus der Bekennenden Kirche, die von Anfang an zur CDU gehörten; und nun bitte ich Sie, was ist denn nun natürlicher als dies, daß mit denen ein besonders herzliches und nahes Verhältnis bestand. Die waren für uns ja gar keine Parteileute, das waren ja unsere Brüder, mit denen wir auf der Syn-



## Die Gründung der CDU

ode oder in der Kirchenleitung oder sonstwo zusammenkamen.“

### 2. Die Anfänge in Westfalen

Die geschlossenen evangelischen Gebiete lagen in Ostwestfalen und im Siegerland, wo in der Weimarer Zeit auch der Christlich-Soziale Volksdienst als Versuch einer evangelischen Partei einen stärkeren Rückhalt gehabt hat. Hier war Herford mit dem früheren deutschnationalen Oberbürgermeister, dem Fabrikanten Dr. Friedrich Holzapfel, ein wesentliches evangelisches Zentrum der entstehenden Christlich-demokratischen Partei. In der Anfangszeit der CDU sind als Evangelische neben Holzapfel zunächst nur zu nennen: der Betheler Verwaltungsdirektor Johannes Kunze und aus dem Dortmunder Gründerkreis, der sich sehr schnell zum Zentrum der westfälischen CDU entwickelte, der in der evangelischen Jungmännerarbeit führend tätige Kaufmann Christian Ebert; alle drei kamen aus der Bekennenden Kirche. - Mühsam waren die Anfänge auf evangelischer Seite. So waren sie die Evangelischen, die Ende Au-

gust 1945 vom rein katholischen Gründungsausschuß für den vorläufigen Vorstand der dann am 2. September in Bochum gegründeten Christlich-Demokratischen Partei für Westfalen vorgeschlagen wurden. Es ist daher kein Wunder, daß die Evangelischen den in der katholischen Arbeiterschaft verankerten Zentrumsvertretern wie „Offiziere ohne Mannschaften“ erschienen.

In Bochum stieß dann der aus der christlich-sozialen Tradition Stoeckers kommende Hagener Verleger Otto Rippel dazu, der von der DNVP zum Volksdienst gegangen war und ihn im Reichstag vertreten hatte. Ebenso kam hinzu der frühere preußische Kultusminister Otto Boelitz, ehemals DVP, der sich im Kreis Soest um die Bildung einer nichtsozialistischen Sammelpartei „nach den Grundwahrheiten und Lebenskräften der Religion“ bemühte und mit der Bochumer Gründung den Tag gekommen sah, an dem „nach den ausgestandenen, gemeinsamen Leiden, die beiden großen christlichen Bekenntnisse sich auch zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden“ hätten. Holzapfel, der zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, betonte die Alternative „christlich oder nicht christlich“ als die entscheidende Frage „für die Rettung Deutschlands“; die Christen müßten „wie ein Block“ zusammenstehen, um sich „gegen die drohende Walze einer christentumsfeindlichen Politik behaupten“ zu können. Die bisherige „Zersplitterung wäre mit Schuld, daß das furchtbare Unglück über“ sie „gekommen wäre“. - In die Programmkommission, in der gemeinsam mit rheinischen CDU-Vertretern gearbeitet werden sollte, wurde auf evangelischer Seite außer Ebert der Bochumer Pfarrer Paul Bischoff gewählt.



Abb. 25: Otto Rippel, Hagen - Mitglied des ersten Landesvorstandes der CDU Westfalen

### 3. Die Evangelische Kirchenleitung in Westfalen

In diesem engen Miteinander von evangelischen Theologen und Laien in der Gründungsphase der CDU sah sich auch die Kirchenleitung der Westfälischen Kirche selber herausgefordert. Ihre Überlegungen zu der Frage, „ob Vertreter der Evangelischen Kirche sich an dem wiederauflebenden Parteileben beteiligen sollen“ bzw., „ob sich die Evangelische Kirche auf eine der bisher genannten politischen Parteien festlegen oder die Gründung einer evangelischen Partei von sich aus betreiben soll“, fanden ihre Fortsetzung in einem Gespräch mit 15 Vertretern des „kirchlichen Lebens“ am 19. September 1945 in



Bochum-Stiepel. Danach stimmte die Kirchenleitung in ihrer Sitzung vom 21. September dem Vorschlag von Präses Koch zu, „folgende Grundgedanken den Superintendenten für die Amtsbrüder zu übermitteln“:

„Die Kirche kann sich nicht auf eine politische Partei festlegen, aber auch nicht abseits stehen und den Standpunkt vertreten, sie sei an politischen Dingen nicht interessiert. Sie kann z.B. die Totalisierung des Staates, die Entwertung der Persönlichkeit, die Materialisierung des Lebens nicht unbeteiligt verkündigen lassen oder hinnehmen. Ein evgl. Christ darf einer kirchenfeindlichen Partei nicht angehören.

Es ist wichtig, daß die Kirche Föhlung behält mit den evgl. Mitgliedern der verschiedenen Parteien ... Endlich wird für nützlich erklärt, in den Kirchengemeinden evgl. Kreise oder Arbeitsgemeinschaften einzurichten, in denen die Kirche zu besonderen Fragen des politischen Lebens (z.B. Schulfrage) Stellung nehmen und auf die politische Willensbildung einwirken kann.“

Die parteipolitisch unabhängige Rolle der Kirche ist deutlicher als in Treysa zum Ausdruck gebracht. Mit der Nennung der Schulfrage wurden allerdings klare Signale im Blick auf die CDU gesetzt, hatte doch die westfälische Kirchenleitung bereits durch einen Beschluß vom Juli 1945 trotz eigener offenerer Position sich von der Haltung der katholischen Kirche abhängig gemacht, deren Forderung nach der Bekenntnisschule eine entsprechende Forderung der evangelischen Kirche nach sich zog. - Die betonte Nichtfestlegung auf eine Partei fand in der „kirchenfeindlichen Partei“, der ein evgl. Christ nicht angehören durfte, ihre Grenze; gemeint war vor allem die kommunistische Partei, denn im März 1946 wurde Superintendent Kunst zum Verbindungsmann zur CDU und Pfr. Nockemann in Dortmund zum Verbindungsmann zur SPD bestimmt; und in dem einzuladenden Kreis für das Gespräch am 19. September waren neben Sympathisanten und evangelischen Gründern der CDU auch Teilnehmer mit Verbindungen zur SPD und zur FDP vorgesehen.

So wurde in Westfalen, ganz in Entsprechung zum Wort von Treysa, von der Kirchenleitung versucht, bei klarer Neigung zur CDU doch die Linie parteipolitischer Unabhängigkeit deutlich zu machen; schon sehr früh wurde in Gesprächen mit Vertretern der Sozialdemokratie ein neues Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft angestrebt. Pfr. Nockemann

und Hans Iwand in Dortmund waren die treibenden Kräfte in Westfalen; Karl Kochs Nachfolger als westfälischer Präses, Ernst Wilm, verstärkte diese Linie der Öffnung für Gespräche mit der Sozialdemokratie.

#### *4. Drei Beispiele evangelischer Beteiligung bei lokalen CDU-Gründungen*

Als Pfarrer Bischoff bei Beginn des politischen Lebens in Bochum sah, wie die katholische Kirche sich engagierte, während die evangelische sich zurückhielt, wurde er selber aktiv. Er nahm u.a. Kontakt zu Pfarrer Hermann Lutze in Wuppertal auf, der dort zu den Gründern der CDU aus den Kreisen der Bekennernden Kirche heraus gehörte. Zu den für die CDU aktiven Protestanten gehörte in Bochum auch der stark kirchlich engagierte, im Straßenbahnwesen tätige Direktor Tilman Beckers, der in der Weimarer Zeit dem Volksdienst angehört hatte; er war Vorsitzender des örtlichen CVJM und wurde Mitglied der westfälischen Kirchenleitung. Zusammen mit dem ebenfalls zum Volksdienst gehörenden Ingenieur, dem Presbyter Friedrich Eikholt, gehörte Beckers neben anderen Evangelischen zu den Teilnehmern der von Zentrumspolitikern initiierten Versammlung am 31. August 1945 in Bochum zur Vorbereitung einer interkonfessionellen Partei. Bei der Gründung der Ortspartei am 18. September wurde Eikholt 2. Vorsitzender, bei der ersten Kommunalwahl im Oktober 1946 zog er in den Stadtrat ein.

So wie in der Weimarer Zeit im Volksdienst, so empfing Pfr. Bischoff auch jetzt den Anstoß zu seinem politischen Engagement aus einer theologischen Sicht der Geschichte. Bischoff sah die Katastrophe von 1945 als Strafe Gottes für die Sünden des deutschen Volkes an. Deshalb sei eine Partei nötig, die aus innerer Anerkennung der Schuld und der Buße die Notwendigkeit der von Gott auferlegten Geschichte auf sich nehme und politisch entsprechend handle.

Ganz am östlichen Rand des Reviers, in **Unna**, gehörte der evangelische Pfarrer Dr. Hans Lutz, seit 1937 dort Pfarrer, zu den Mitgründern der CDU. Lutz, der Verbindung zu einem ökumenischen Kreis in Dortmund hatte, erfuhr im Juli 1945 von den konkreten Plänen und Zielvorstellungen zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei auf Provinzebene, die er auf Kreisebene in Unna umsetzte. So kamen im September 1945 im Kolpinghaus in Unna



## Die Gründung der CDU

etwa 25 Personen beider Konfessionen zusammen, darunter auch solche, die bisher politisch nicht gebunden gewesen waren, um über den weiteren politischen Weg, ob Zentrum oder eine überkonfessionelle Partei auf christlicher Grundlage, zu diskutieren und zu entscheiden. In dieser Versammlung, die sich schließlich mit Mehrheit für die gemeinsame christliche Partei entschied, war sicherlich auch der in Unna seit Ende 1944 bestehende ökumenische Arbeitskreis vertreten, dessen Vorarbeit für die politische Unionsidee es dem evangelischen Teil einfacher machte, „mit dem katholischen Teil zusammenzukommen“.

Im November 1945 war Lutz führend auf evangelischer Seite auch bei der Gründung der CDP für den Kreis Unna beteiligt und übernahm den stellvertretenden Vorsitz. Die bisher einseitige Bindung der Kirche an die „besitzenden und gebildeten Klassen“ und die Vernachlässigung ihrer Verantwortung für das öffentliche Leben bewegten Lutz zu diesem Schritt; und da aufgrund des Mangels an politischer Organisation für die evangelische Seite der Union so schnell nicht genug evangelische Aktive gewonnen werden konnten, ließ sich Lutz im März 1946 für die CDU zum Mitglied der ernannten Stadtvertretung berufen und vertrat den Bezirk Unna auch beim ersten Parteitag der westfälischen CDU im Mai 1946 in Recklinghausen. Als Evangelischer war in der Unnaer Stadtvertretung für die CDU auch Bergwerksdirektor Dr. August Fischer Mitglied, der schon in dem bereits seit August 1945 bestehenden Vertrauensausschuß kommunalpolitische Aufgaben wahrgenommen hatte. Fischer hatte früher zur Deutschen Volkspartei gehört. - Der evangelische Fabrikdirektor Prof. Fritz Beckmann, der vor der Gründung der CDU als unabhängiger Bürgervertreter dem Kreisvertrauensausschuß angehört hatte und dann CDU-Kreistagsabgeordneter geworden war, wurde im Frühjahr 1946 in den westfälischen Provinzialrat berufen. - Über ihren kirchlichen Bekanntenkreis war die bereits in der Weimarer Zeit im Evangelischen Volksdienst aktive Pastorenwitwe Toni Schrader in die CDU gekommen. Toni Schrader, inzwischen Synodalvorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe, zog 1946 in den Rat der Stadt ein; in der Ortspartei übernahm sie zeitweise den stellvertretenden Vorsitz.

In Essen wurden christliche Gewerkschaftskreise um den lokalen Zentrumsführer Heinrich Strunk als Reaktion auf die vor allem kommunistischen Akti-

vitäten in der Kommunalpolitik selber aktiv. Eine Versammlung mit evangelischen Vertretern ließ für Essen selber schon im Juli 1945 die Entscheidung mehrheitlich für die interkonfessionelle Partei fallen. Begrüßt wurde diese Entwicklung von Rechtsanwalt Dr. Gustav Heinemann, der auf der überwiegend katholischen Versammlung als „evangelischer Mann“, vielfältig kirchlich engagiert, das Wort ergriff, genauso auch von Superintendent Böttcher und Dr. von Falkenhausen, die ebenfalls als Evangelische anwesend waren. Die Nachricht von der Berliner Gründung und die Verbindung zu Jakob Kaiser, der vor 1933 in Essen für den Reichstag kandidiert hatte, war dabei für die Essener Entscheidung nicht unwesentlich, ebenso aber auch die innerevangelische Entscheidung für das politische Zusammengehen mit den Katholiken, die bei der „Evangelischen Tagung“ am 17. August 1945 in Wuppertal von Vertretern verschiedener rheinischer Gründungskreise, unter ihnen Heinemann und Böttcher, gefällt wurde. Bei der erst am 27. Januar 1946 möglichen öffentlichen Gründungsversammlung sprach der frühere Essener Leiter des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Studienrat Hans Spiecker für die evangelische Seite „vom großen Brückenschlag zwischen den beiden Konfessionen“ und der „ganz neuen politischen Idee“, deren Träger die CDU sei. Für die zu ernennende Stadtvertretung wurden als Evangelische Spiecker, Heinemann und der Fabrikant und Kaufmann Eduard Hengstenberg vorgeschlagen. Heinemann wurde im Frühjahr 1946 zum Stellvertreter des kommunistischen Oberbürgermeisters Renner ernannt. Nach der für die CDU erfolgreichen Kommunalwahl im Herbst 1946 wurde Heinemann zum Oberbürgermeister gewählt.

### 5. Irritationen

Nach dem vielfach emphatischen gemeinchristlichen Start unmittelbar nach Kriegsende zeigten sich im Laufe der Jahre 1946/47 eine Reihe von Problemen für den evangelischen Teil der CDU, die zumindest Irritationen, aber auch Austritte und parteipolitische Umorientierungen zur Folge hatten.

Daß eine wirkliche Union, also eine Parität der Konfessionen in der Mitgliederstruktur kaum zu erhoffen war, war von Anfang an klar. Deshalb versuchte man, gerade durch die Besetzung der Führungspositionen der Partei die Union nach außen zu dokumentieren, was allerdings wegen der geringen Zahl evan-



gelischer Aktiver nicht immer gelang und zu innerparteilichen Querelen führte. Entsprechend kritisch waren die konfessionellen Auseinandersetzungen bei der Besetzung von Ämtern in der Verwaltung, im Bildungsbereich oder anderen öffentlichen Einrichtungen; hier gab es auch lebhaftes kirchliches Interesse, und oft war die Klage über die katholische Dominanz oder die Enttäuschung über die CDU zu hören, die doch nur ein verkapptes Zentrum sei. Gleiches gilt im Blick auf die mangelnde Berücksichtigung evangelischer Mitglieder, oft mit deutlich kirchlichem Hintergrund, bei der Kandidatenaufstellung durch die Partei.

Auch die mangelnde organisatorische Präsenz der Evangelischen in der CDU war ein Problem, die Katholiken hatten da eine ganz andere Basis. Außerdem führte der immer wiederkehrende Vorwurf, durch die Evangelischen werde die Partei zu einem Sammelbecken der alten Rechten, auch innerhalb des evangelischen Teils der CDU zu Auseinandersetzungen um die Schuldfrage und die Art des Umgangs mit dem politischen Gegner, so daß sich z.B. Pfarrer Bischoff zunehmend enttäuscht von der CDU zurückzog.

Daß die CDU mit ihrem Anspruch, für die Geltung der zehn Gebote im öffentlichen Leben einzutreten, trotzdem im September 1946 eine Kundgebung mit Konrad Adenauer in Münster just zur evangelischen Gottesdienstzeit ansetzte, ärgerte nicht nur evangelische CDU-Mitglieder, sondern auch die Kirchenleitung so sehr, daß sie einen Brief schrieb, hatte sie doch gerade die Gemeindeglieder aufgerufen, christliche Persönlichkeiten zu wählen, die insbesondere für die Heiligung des Feiertages eintreten.

Viel mehr Irritationen im evangelischen Teil der CDU löste aber die breite Diskussion im kirchlichen Protestantismus über die theologische Infragestellung einer christlichen Partei aus, eine Diskussion, die angestoßen durch die Schrift von Karl Barth „Christengemeinde und Bürgergemeinde“, auch zu politischen Scheidungen führte. Der kritischen Frage, ob nicht eine christliche Partei mit ihrer parteipolitischen Frontenbildung die evangelische Freiheit gefährde, wurde aus den Kreisen der CDU die Bitte gegenübergestellt, „die christliche Front im politischen Raum nicht schwach“ zu machen „und ihr nicht den guten Glauben“ zu nehmen, da „sie doch im Grunde nichts anderes“ wolle, „als der Verkündigung des Evangeliums im Volk Raum zu schaffen“. Der Streit

um die christliche Gestaltung des Politischen, die Auseinandersetzung um das Erbe der Bekennenden Kirche war trotz wiederholter Gespräche nicht mehr beizulegen. Der Rückzug evangelischer Laien auf die kirchlichen Ämter aus Enttäuschung über die genauso wie andere Parteien säkular und machtpolitisch agierende CDU, das Abwandern zur liberalen Partei aus Unverständnis über solch theologisch engen Spitzfindigkeiten angesichts der doch dringend zu bewältigenden Not oder auch Neuorientierungen Richtung SPD in der Hoffnung auf eine neue Begegnung zwischen Kirche und Arbeiterschaft mit dem Engagement für mehr Gerechtigkeit im gesellschaftlichen Neubau waren die Folgen. Pfr. Lutz, der ab Frühjahr 1947 in der ökumenischen „Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus“ mitarbeitete, wechselte zur SPD. Auch Superintendent Heuner in Dortmund, der zunächst evangelische Laien für die CDU zu aktivieren sich bemüht hatte, öffnete sich der SPD. Andererseits wurde Februar 1948 in der Sitzung der westfälischen Kirchenleitung nach einem Vortrag von Direktor Johannes Kunze aus Bethel „die wirksame Vertretung des christlichen Anliegens seitens der CDU dankbar anerkannt, die unbedingte Neutralität der Kirche gegenüber allen politischen Parteien und die unbefriedigende kirchliche Haltung von führenden Mitgliedern der SPD festgestellt“.

*Reinhard Schmeer*

1. Entsprechend der zeitlichen Begrenzung bis etwa 1949 wird im Folgenden überwiegend die Beziehung zwischen Ev. Kirche und CDU dargestellt, dies auch im Blick auf die thematische Begrenzung auf die Ev. Kirche, obwohl die Gründung der CDU ohne die katholischen Initiativen und deren kirchliche Unterstützung nicht denkbar ist. - Für die weiteren Zusammenhänge sei auf die demnächst im Druck erscheinende Dissertation des Vf. verwiesen „Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren“, Gießen 1996.
2. Abgedruckt in: Fritz Söhlmann (Hg), Treysa 1945. Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer, 27.-31. August 1945, Lüneburg o.J. (1946), S. 102-104; Kundgebungen, Worte und Erklärungen der EKD 1945-1959, hg.v. Friedrich Merzyn, Hannover o.J., S.4.
3. Kurt Npwak, Gerhard Ritter als politischer Berater der EKD (1945-1949), in: Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte - Referat der internationalen Tagung in Hüningen/Bern (Schweiz) 1985, hg.v. Victor Konzemius, Martin Greschart u. Hermann Kocher, Göttingen 1988, (S. 235-256), S. 239.

